

# SCHÜLERBEFÖRDERUNG, SCHULSOZIALARBEIT UND SPRACHBILDUNG

Am 9. Juli 2019 hat Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL) zum Themenkomplexen Bildung, Schülerbeförderung, Jugend- und Schulsozialarbeit und durchgängige Sprachbildung im Gemeinderat für die Fraktionsgemeinschaft FL/FF folgende drei Reden gehalten:

1. zum Thema „Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Freiburg“ (hier speziell: SchülerInnenbeförderung, Drucksache G-19-141):

*Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*wie schon  
mehrfach erwähnt darf aufgrund der Artikel 3 und 4 des „Starke Familien-Gesetzes“, von SchülerInnen mit Anspruch auf Leistungen der Bildung und Teilhabe in Bezug auf die Beförderung zur Schule kein Eigenanteil mehr erhoben werden. Also müssen wir beschließen, dass bis zum Ende des Schuljahres 2020/21 kein Eigenanteil an den Beförderungskosten für alle Schüler und Schülerinnen mit Anspruch auf Leistungen der Bildung und Teilhabe mehr erhoben werden darf.*

*Der ab 2013  
erhobene zumutbare Eigenanteil von in der Regel 5,00 € entfällt, obwohl dieser Eigenanteil auch die private Nutzung zuließ und aus meiner Sicht auch wirklich zumutbar war. Die Gewährung der Schülerbeförderung ohne Eigenanteil kostet die Stadt jährlich 1.288.000 €.*



Stadträtin Gerlinde Schrepp (FL)

*Es ist müßig,  
über diese Mehrbelastung der Stadt zu diskutieren, weil per Gesetz festgelegt ist,  
was die Kommune zu  
leisten hat.*

*Mir*

*persönlich bereitet Folgendes ziemliche Sorgen. Die Familien, die knapp über dem Limit für Leistungsempfänger liegen, das sind Bürger, die tagtäglich arbeiten gehen, schlecht oder nur mäßig verdienen, gehen leer aus, d.h. sie tragen die Kosten alle selbst und stellen sich dadurch oft schlechter als die Leistungsempfänger. Ich sehe da ein gesamtgesellschaftliches Problem auf uns zukommen. Eine Lösung weiß ich aber auch nicht.*

*Vielen*

*Dank!*

2. zum Thema „Jugendsozialarbeit  
an Schulen – Schulsozialarbeit Ausbau der Schulsozialarbeit an weiterführenden  
Schulen“ (Drucksache G-19-171)

*Sehr geehrter*

*Herr Oberbürgermeister,*

*sehr geehrte Damen und Herren,*

*meine*

*Fraktion stimmt der Auswahl der weiterführenden Schulen für den Ausbau der Schulsozialarbeit an Schulen zu, wenngleich wir diese Auswahl für nicht ausreichend erachten.*

*Natürlich*

*müssen wir die vom Amt für Schule und Bildung*

*definierten Faktoren akzeptieren Lediglich vier Schulen finden*

*Berücksichtigung. Zahlreiche Gemeinderatskolleginnen und Kollegen hatten sich*

*im vergangenen und diesem Jahr in verschiedenen Schulen kundig gemacht und*

*dabei feststellen können, dass weit mehr notwendig wäre, als dies mit der*

*heutigen Beschlussvorlage passiert. Ich nenne hier stellvertretend die*

*Emil-Thoma-Schule, die inzwischen ja keineswegs mehr eine Stadtteilschule ist.*

*In dieser Schule sind Schüler aus allen Stadtteilen – auch mit einem hohen Migrationsanteil. Die Schüler verbringen praktisch den ganzen Tag in dieser Schule, sie ist fast schon ein Zuhause für viele Schüler. Die Belastung für die dort tätige Schulsozialarbeiterin geht weit über das Maß ihres derzeitigen Anstellungsvertrages hinaus. Aber das dürfte auch bei anderen weiterführenden Schulen der Fall sein.*

*Wir müssen uns langsam damit vertraut machen, dass in den Schulen neben den Lehrkräften auch ganz andere Fachkräfte gebraucht werden. Die Schul-Sozialarbeit ist nur ein Teilaspekt für eine gelungene Schullaufbahn, wenn auch ein enorm wichtiger.*

*Vielen Dank!*

3. zum Thema „Durchgängige Sprachbildung in Freiburg“ (Umsetzung im DHH 2019/2020; Drucksache G-19-165):

*Sehr geehrter  
Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,*

*die Fraktion  
Freiburg Lebenswert/Für Freiburg stimmt selbstverständlich dem Aufbau der Modellverbände zur durchgängigen Sprachbildung in der geschilderten Reihenfolge zu.*

*Dass nach Landwasser und Zähringen weitere Stadtteile folgen müssen war voraussehbar, dass es gerade Betzenhausen sein wird, hat mich persönlich verwundert, aber bei dem Stadtteil mit einem der höchsten SGBII-Quoten und einem Migrationsanteil im*

*städtischen Kindergarten von über 90%  
wird die Notwendigkeit dann auch schon klar.*

*Dass dieses  
Gesamtkonzept Durchgängige Sprachbildung nicht billig wird, wenn in allen fünf Modellverbänden in jeder Grundschule  
eine Sprachfachkraft eingestellt werden soll, ist klar. Aber wir sind sicher,  
dass es dabei um eine absolut wichtige und lohnende Investition in die Kinder geht. Unbedingt sollte aber sichergestellt werden, dass das angedachte  
Rucksackmodell, das vor allem die betroffenen Eltern mit in die Sprachbildung einbezieht, baldmöglichst verwirklicht wird.*

*Eine  
Bemerkung zum Schluss: Es handelt sich um lehrende Sprachförderkräfte, aus meiner Sicht wäre hier das Land in der gleichen Pflicht, wie es bei Lehrern und Lehrerinnen ist. Die Kommunen haben mit dem Bau, der Unterhaltung und den Lehrmitteln weiß Gott genügend finanzielle Verpflichtungen, was unsere Schulen angeht. Forderungen an die Landesregierung in Stuttgart sind zu diesem Thema nach unserer Ansicht überfällig.*

*Vielen Dank!*

---

## REDE ZUM 4. FREIBURGER BILDUNGSBERICHT

Zum vierten Freiburger Bildungsbericht (Drucksache G-17/213) hat unsere Vorsitzende, Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL), und stellvertretende Fraktionsvorsitzende am 20.03.2018 im Gemeinderat für die Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg (FL/FF) folgende Rede gehalten:

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Stuchlik,*

*meine Damen und Herren,*

*im Namen meiner Fraktion darf ich mich für den ausführlichen 4. Freiburger Bildungsbericht bei der Verwaltung, hier ganz besonders bei den Herren Maier und Allgaier und Mitarbeitern, bedanken.*

*Es ist – wie schon an anderer Stelle gesagt – sehr erfreulich, dass in Freiburg die Quote der Versorgung mit Plätzen in Krippen und Kindergartenplätzen weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Insgesamt können auch wir bestätigen, dass Freiburg sehr gut aufgestellt ist.*

*Jetzt jedoch einige kritische Anmerkungen:*



*Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL)*

*Im Bericht ist zu lesen, dass sich der Trend hoher Übergangsquoten auf das Gymnasium stabilisiert habe mit inzwischen 53%. Darin sehe ich keinen Erfolg. Diese Zahl ist nur durch die nicht mehr verbindliche Grundschulempfehlung zu erklären. Was uns aber fehlt, sind Angaben zu den Rückläufern vom Gymnasium in Real-, aber auch von Realschulen in Werkrealschulen. Wir lesen, dass die im 3. Bildungsbericht beschriebene Reduzierung der Wiederholerquoten sich nicht für alle Schularten kontinuierlich fortsetze. Leider, aber für mich völlig logisch! Diese Reduzierung des Anstiegs galt vor allem an Gymnasien und Werkrealschulen, bei Realschulen hingegen stieg sie bis zum Schuljahr 2015/16 stetig an. Das Ergebnis für viele betroffene Schülerinnen und Schüler ist dann leider sehr häufig der worst case, nämlich ohne Schulabschluss dazustehen. Und dieser Tatsache wird aus unserer Sicht zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, auch in diesem Bericht. Denn gerade diese jungen Menschen werden im schlimmsten Fall die Gesellschaft jahrzehntelang, wenn nicht lebenslang als*

*Leistungsempfänger belasten, viel schlimmer ist aber die folgende persönlich unbefriedigende Lebenssituation. .*

*Es ist noch keine zwei Wochen her, dass bei der BZ-Veranstaltung in Landwasser, bei der Sie Herr Oberbürgermeister auch zugegen waren, deutlich wurde, dass vor allem die Grundschulkinder über einen deutlichen Mangel an Sprachkompetenz verfügen. Dass aber gerade die Sprache die zentrale Voraussetzung ist, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können, wird auch in diesem Bildungsbericht festgestellt. Daraus folgert, dass wir alle uns mit dem leider häufig festzustellenden mangelnden Integrationswillen oder auch nur dem mangelnden Bewusstsein der Wichtigkeit der Sprache auseinandersetzen müssen. Wohl gemerkt, ich spreche hier nicht von Flüchtlingen der letzten zwei Jahre, sondern von den seit Jahrzehnten hier lebenden Menschen. In diesem Bereich erhoffen wir uns durch die im Bericht ausführlich beschriebene non-formale Bildung, der möglichen Nutzung von Bildungsangeboten und entsprechenden Inhalten, eine Verbesserung der bisherigen Situation.*

*Eine besondere Bedeutung wird dem Projekt „Durchgängige sprachliche Bildung“ – initiiert durch das Freiburger Bildungsmanagement – zukommen, das es bisher nur in Landwasser und Zähringen gibt.*

*Ich bin persönlich froh darüber, dass unter Punkt 4 der Drucksache über die Zunahme der sowohl allgemeinbildenden, wie auch beruflichen privaten Schulen in Freiburg zu lesen ist. Ohne diese Tatsache zu kommentieren, muss aber jedem klar sein, dass bei den staatlichen Schulen – zurückhaltend formuliert – in jeder Hinsicht ein ordentlicher Nachholbedarf besteht.*

*Jetzt noch ein Wort zu den Zahlen, die die Sonderschulen betreffen. Es genügt es uns nicht zu lesen, dass die Quote der Schülerinnen und Schüler, die an Sonderschulen bzw. Sonderpädagogischen Einrichtungen eingeschult wurden, seit 2012/13 faktisch halbiert wurde. Leider kann man der Drucksache nicht entnehmen, worauf dieser Rückgang beruht. Sind es die gesetzlichen Vorgaben oder sind Rückführungen in die Regelschule aufgrund des Erfolges einer intensiven, kleingruppigen Klassensituation für die Halbierung verantwortlich? Ich frage mich schon, ob die Schüler die ihnen gerechte, notwendige Förderung an den sog. „Normalschulen“ erhalten können. Aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, damit der häufig fehlenden sprachlichen Entwicklung der Schüler, ist die Lehrerschaft ohnehin einer gewaltigen Mehrbelastung ausgesetzt, auf die bisher absolut nicht adaequat reagiert wurde.*

*Wir sind gespannt auf den versprochenen Maßnahmenkatalog und die weiteren bildungspolitischen Weichenstellungen der kommenden Jahre.*

*Vielen Dank*



---

# GRUNDSCHULE OHNE NOTEN

In der Sitzung des Gemeinderats am 12. Dezember 2017 hielt unsere Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL) zum Tagesordnungspunkt "Position des Gemeinderates der Stadt Freiburg zur Weiterführung des Schulversuchs „Grundschule ohne Noten“ an der Paul Hindemith-Schule, Freiburg (GR-Drucksache -G-17/23)" für die Fraktionsgemeinschaft Freiburg Lebenswert / Für Freiburg (FL/FF) folgende Rede:

*Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,*

*ohne Not bricht eine CDU-Kultusministerin willkürlich einen Modellversuch ab, an dem zehn Schulen in Baden-Württemberg teilgenommen haben.*

*Es gibt sicherlich unterschiedliche Standpunkte zum Thema „Grundschule ohne Noten“. Es ist aber unbestritten, dass die Lernstandsberichte, die häufigen Gespräche zwischen Schülern, Eltern und Lehrer bei Weitem einen besseren Überblick über den Leistungsstand eines Kindes bieten, als eine einfache Note. Dass dies nur mit einem weit höheren zeitlichen Aufwand von Seiten der Lehrerschaft einhergeht, braucht nicht betont zu werden. Auch ist es selbstverständlich, dass Eltern keineswegs gezwungen sind, ihre Kinder an diesem Schulversuch teilnehmen zu lassen. Wie wir gehört haben, gibt es in Freiburg 29 Alternativen.*



*Stadträtin Gerlinde Schrempp (FL)*

*Wie demotivierend, aber auch wie verfälschend Noten vor allem in ganz frühem Grundschulalter sein können, habe ich in meiner langen Schullaufbahn jedes Jahr erlebt. Kinder, die mit einem Notenschnitt von 4,0 oder noch schlechter in die weiterführende Schule wechselten, manchmal nur haarscharf an der Sonderschule vor-*



*beigeschrappt sind, das natürlich nur dank einem massiven Elterneinsatz, haben oft in der 6., spätestens 7. Klasse einen grandiosen Entwicklungsschub gemacht und gingen dann häufig als Spitzenschüler nach der Hauptschulabschlussprüfung in entsprechende Fachschulen und haben die Hochschulreife erreicht.*

*Dass die zuständige Ministerin nun aber ohne Rücksprache mit den Schulleitungen vom kommenden Schuljahr an diese bisher so erfolgreiche Arbeit an den Modellschulen beenden will, kann man nicht nachvollziehen. Für ein solches Verhalten gibt es übrigens in der bekannten Notenskala eine sehr unbeliebte Note: Unbefriedigend.*

*Es war eine wissenschaftliche Begleitung mit abschließender Evaluation vereinbart, um eine wissenschaftlich begründete Aussage über das Für und Wider dieses Schulmodells treffen zu können.*

*Die Ministerin verlässt willkürlich diesen vereinbarten Weg. Wir fordern die Fraktionen der Grünen und der CDU im Gemeinderat auf, mit ihren Parteifreunden in Stuttgart zu reden und darauf hinzuwirken, dass diese nicht akzeptable Entscheidung überdacht und zurückgenommen wird. Meine Fraktion jedenfalls unterstützt den Beschlussantrag, dass der Schulversuch „Grundschule ohne Noten“ an der Paul-Hindemith-Schule für weitere vier Jahre fortgeführt wird.*

*Vielen Dank!*